

**Absender
Fraktion DIE LINKE. mit
BÜRGERPARTEI GL**

Drucksachen-Nr.

0478/2016

öffentlich

Anfrage

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 13.12.2016**

Tagesordnungspunkt

**Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL
zum Umgang mit der Reichsbürgerbewegung vom 24.10.2016**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 24.10.2016 stellt die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL die schriftliche Anfrage zur Begegnung der Stadtverwaltung mit sog. Reichsbürgern.

Das Schreiben der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit Anfrage vom 24.10.2016 bittet die Fraktion DIE LINKE. MIT BÜRGERPARTEI GL um Informationen darüber, ob es bei der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach bereits Kontakte mit Mitgliedern der sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ gegeben habe und ob sich diese Personen geweigert hätten, Ordnungsgelder zu bezahlen oder ob es zu sonstigen Problemen, z. B. Übergriffen, gekommen sei.

Tatsächlich gab es in der Vergangenheit auch in der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach bereits einige kritische Kontakte zwischen „Reichsbürgern“ und Mitarbeitenden. Vorkommnisse wurden z. B. aus den Fachbereichen 3 (Bürgerbüro, Ordnungsbehörde) gemeldet. „Reichsbürger“ haben hierbei u. a. überaus umfangreiche schriftliche Ausführungen gemacht, in denen sie die Legitimation der Stadt Bergisch Gladbach als staatliche Behörde sowie die der Mitarbeitenden generell in Frage stellen. Z. B. verweigerten sie sich, rechtmäßig auferlegte Bußgelder zu zahlen.

In einem anderen Fall wurde verlangt, deutsche Pässe zurückzunehmen; Mitarbeitende der Ordnungsbehörde und des Bürgerbüros wurden teilweise mit der Einleitung von Strafverfahren bedroht. Gegen eine Mitarbeiterin des Einwohnermeldeamtes wurde Fachaufsichtsbeschwerde eingelegt, die dem Landrat des Rheinisch Bergischen Kreises als Aufsichtsbehörde vorgelegt wurde, von diesem jedoch als unbegründet abgewiesen wurde. Gegen den Beschwerdeführer hat die Stadt Bergisch Gladbach inzwischen die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Urkundenfälschung beantragt. In einem anderen Fall wurden Gesetzestexte und Akten zur Fragestellung des Fortbestands des Deutschen Reiches und des Freistaates Preußen benutzt.

Durch die kommunalen Spitzenverbände sowie über die staatlichen Aufsichtsbehörden wird die Stadt Bergisch Gladbach über das Phänomen der „Reichsbürgerbewegung“ und deren Vorgehen sowie mögliche davon ausgehende Gefahren aktuell informiert.

Alle städtischen Mitarbeitenden sind aufgefordert, Vorfälle umgehend ihren Vorgesetzten und dem Fachbereich 1 zu melden. Strafrechtliche Maßnahmen gegen Mitglieder der Reichsbürgerbewegung oder solche zur Abwehr von Schadensersatzansprüchen gegen städtische Mitarbeitende werden ggf. im Einzelfall eingeleitet.